

Neue Chancen für Langzeitarbeitslose

Rund eine Million Menschen in Deutschland sind langzeitarbeitslos. Etwa die Hälfte von ihnen findet bereits seit über zwei Jahren keine Arbeit. Oft kommen mehrere „Vermittlungshemmnisse“ zusammen: fehlende Schul- oder Berufsabschlüsse, gesundheitliche Probleme, soziale Einschränkungen.

Mit der Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung möchte die SPD-Bundestagsfraktion einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen, um diesen Menschen neue Perspektiven auf Beschäftigung zu eröffnen.

Gespaltener Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt ähnelt einer Medaille mit zwei Seiten. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren insgesamt gesunken. In einigen Branchen gibt es bereits einen Mangel an Fachkräften. Gleichzeitig wächst der Niedriglohnsektor. Immer mehr Menschen bekommen nur noch schlecht bezahlte, befristete oder anderweitig prekäre Arbeit. Und die Zahl der Langzeitarbeitslosen stagniert auf hohem Niveau.

Deutschland hat insgesamt eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Europa. Gleichzeitig schneidet unser Land mit seinem hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen (48 Prozent) im EU-Vergleich besonders schlecht ab.

Viele Langzeitarbeitslose kämpfen mit gesundheitlichen oder sozialen Problemen. Zur ehrlichen Analyse gehört, dass etliche unter ihnen nicht ohne weiteres wieder im allgemeinen Arbeitsmarkt unterkommen werden.

Arbeitslosigkeit besiegen

Menschen sind stolz darauf, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Aber Arbeit dient nicht nur der Existenzsicherung. Sie macht Menschen auch zum Teil der Gesellschaft. Sie gibt uns Selbstachtung, eine Aufgabe, eine geregelte Tagesstruktur und regelmäßige soziale Kontakte.

Arbeitslosigkeit wiederum kann krank machen. Es ist inzwischen anerkannt, dass Arbeitslosigkeit nicht nur häufig zu Armut führt, sondern auch gravierende soziale und psychische Folgen für die Betroffenen hat.

Auch das familiäre Umfeld leidet mit. In manchen Stadtvierteln gibt es regelrechte „Hartz-IV-Dynastien“, die Chancenlosigkeit quasi vererben. Wenn Kinder auf die Frage nach ihren Zukunftsplänen „hartzen“ antworten, läuft etwas gravierend falsch in unserer Gesellschaft. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden.



Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist deshalb ein Kernanliegen der SPD-Bundestagsfraktion. Wir wollen niemanden aufgeben und jedem eine Chance geben. Wir wollen nicht, dass ein Teil der Bevölkerung auf Dauer „draußen vor der Tür“ bleibt und unsere Gesellschaft in Insider und Outsider gespalten wird. Deshalb setzen wir uns für öffentlich geförderte Beschäftigung in einem sozialen Arbeitsmarkt ein.

Ein sozialer Arbeitsmarkt

Die Betroffenen haben es satt, von einem Projekt zum anderen, von einer unsinnigen Maßnahme zur nächsten geschickt zu werden. Gebraucht wird vielmehr eine durchdachte Qualifizierung und eine Arbeitsmarktpolitik, die langfristig Potenziale fördert und aus Arbeitslosen Arbeitskräfte macht.

Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Das gibt es nicht zum Nulltarif, aber der gesellschaftliche Nutzen liegt auf der Hand. Mit öffentlich geförderter Beschäftigung stabilisieren wir nicht nur die Langzeitarbeitslosen selbst. Es profitiert das ganze familiäre Umfeld.

Deshalb wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen und bis zu 200.000 Menschen mit Lohnzuschüssen in Beschäftigung bringen.

Für wen?

Gefördert werden sollen Arbeitslose, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und mindestens zwei Jahre lang arbeitslos waren. Keiner wird gezwungen, die Teilnahme ist freiwillig.

Wie lange?

Damit sich die Personen stabilisieren können und eine echte Chance haben, wieder Fuß zu fassen, soll die Förderung in der Regel drei Jahre dauern, bei Bedarf bis zu fünf Jahre. In diesem Zeitraum wird absehbar, ob eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt möglich ist.

Wie wird bezahlt?

Wer als Unternehmerin oder Unternehmer geförderte Langzeitarbeitslose einstellt, erhält vom Staat einen Lohnkostenzuschuss von 50 bis 75 Prozent.

Zur Finanzierung des Programms sollen bestehende Gelder herangezogen werden. Zusätzlich zu den Mitteln für Eingliederungsleistungen sollen vor allem eingesparte „passive“ Leistungen des Arbeitslosengeldes II als „aktive“

Leistung zur Finanzierung der Beschäftigungsverhältnisse herangezogen werden (so genannter „Passiv-Aktiv-Transfer“). Damit wird das Prinzip, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, umgesetzt.



Was wird bezahlt?

Es handelt sich um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Das Gehalt orientiert sich am jeweils gültigen Tariflohn oder – wenn es keinen gibt – am ortsüblichen Lohn. Unterste Haltelinie ist der jeweils gültige Mindestlohn bzw. – sobald die SPD sich damit durchgesetzt hat – der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro.

Wie geht das?

Jahrelang von einem normalen (Erwerbs-)Leben ausgeschlossen und dann von einem Tag auf den anderen „funktionieren“? Das ist nicht realistisch. Damit Langzeitarbeitslose ihre neue Arbeit ausüben und behalten können, sollen sie aktiv unterstützt und begleitet werden. Dazu wollen wir ihnen Begleitung durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen oder Coaches anbieten. Auch Gesundheitsmaßnahmen zur Stabilisierung können sinnvoll sein.

Wer entscheidet mit?

Da der soziale Arbeitsmarkt über Bundesmittel und die Budgets der Jobcenter finanziert wird, beschließen die Trägerversammlungen über Ziele und Umfang. Die örtlichen

Beiräte wirken mit. Das macht nur Sinn, wenn sich alle arbeitsmarktpolitischen Akteure sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger vor Ort einig sind. Der lokale Konsens ist Voraussetzung für alle geförderten Arbeitsplätze.

Schwarz-Gelb lässt Arbeitslose allein

Die Bundesregierung sieht über die Herausforderungen am Arbeitsmarkt tatenlos hinweg. Sie sonnt sich im Lichte der positiven Arbeitsmarktdaten, zu denen sie keinen Beitrag geleistet hat, und ignoriert die drängenden Probleme, die sie durch Untätigkeit oder falsche Weichenstellungen verschärft.

Die schwarz-gelbe Koalition trägt erheblich zur Spaltung des Arbeitsmarktes bei, indem sie Mindestlöhne verweigert, Lohndumping und Missbrauch der Leiharbeit duldet und die Förderleistungen für junge Menschen und Arbeitslose um Milliardenbeträge kürzt. Statt in konjunkturell guten Zeiten mit einer aktiven Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik allen eine Chance zu geben, lassen Union und FDP Hunderttausende Langzeitarbeitslose im Regen stehen und koppeln einen Teil der Gesellschaft ab.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt ein, die gute Arbeit sichert und Wege öffnet. Das bedeutet, vor allem auch denjenigen neue Chancen zu geben, die bislang vom Aufschwung am Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, damit sie am Erwerbsleben voll teilhaben können.

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

FOTOS: © KLAUS VYHNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM (S. 2, 4)

TEXT: UTA STITZ | **REDAKTION:** STEFAN HINTERMEIER | **STAND:** MÄRZ 2013

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Sozialen Arbeitsmarkt gestalten

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

